

Deutscher Gewerkschaftsbund

Von Georg Brost

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist im Jahre 1919 entstanden. Seine Satzung trägt das Datum vom 22. November jenes Jahres. Als sein **Vorgänger** ist der **Deutschdemokratische Gewerkschaftsbund** (vgl. dies. Art.) zu betrachten, der sich in loser Form im November 1918 in Berlin bildete. Die Notwendigkeit dieser Zusammenfassung bis dahin nebeneinanderstehender Arbeitnehmergruppen ergab sich aus den Verhältnissen der Gründungszeit; es wurde als notwendig erkannt, das Vorhandensein einer nichtsozialistischen Arbeiterbewegung sichtbar zu machen und ihr das Recht auf Mitgestaltung zu sichern. Aus Ueberlegungen solcher Art schlossen sich eine Reihe von Verbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Adam Stegerwald bestimmt. Als besonderes Verdienst des deutschdemokratischen Gewerkschaftsbundes muß sein nachdrückliches Eintreten für die Beseitigung der Räteherrschaft durch Einberufung der Nationalversammlung angesehen werden; ebenso sein Bemühen um eine geordnete Vertretung der Arbeitnehmer in den Betrieben als Voraussetzung zur Beseitigung der wilden Betriebsräteherrschaft der ersten Nachkriegszeit.

Nach Ueberwindung der ersten Gefahrenzone wurde erkennbar, daß die weitere Arbeit an der Gesundung der Zustände in Deutschland sich stützen mußte auf eine einheitliche Auffassung in den grundlegenden Fragen. Diese Einheit, die sich nicht nur auf Gegenstände der Tagespolitik beschränken durfte, sondern auch eine solche der Gesinnung sein mußte, war im deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund nicht herbeizuführen. Das wurde im Laufe des Jahres 1919 erkennbar. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen darüber schieden eine Reihe von Verbänden aus, so insbesondere die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine und die ihnen nahestehenden Angestelltenorganisationen. Dieses Ausscheiden ermöglichte dann die Herbeiführung einer strafferen Zusammenfassung der sich in den grundsätzlichen Fragen wesensgleichen Verbände. Für diesen Zusammenschluß wurde der Name Deutscher Gewerkschaftsbund gewählt. Sein erster Vorsitzender war der christliche Arbeiterführer Stegerwald, sein Stellvertreter zunächst das Verwaltungsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Otto Thiel; später der Vorsteher dieses Verbandes Hans Bechly. Zum Hauptgeschäftsführer wurde Dr. Heinrich Brüning, der nachmalige Reichskanzler bestellt.

Wenn auch nicht als direkte Vorläufer, so doch als Wegbereiter zu der im November 1919 herbeigeführten Zusammenfassung können die **Deutschen Arbeiterkongresse** bezeichnet werden, deren erster 1903 in Frankfurt a. M. stattgefunden hat. Auf ihm vereinigten sich christliche Gewerkschaften, konfessionelle Arbeiterverbände, einige Beamtengruppen und der Deutschnationale Hand-

lungsgehilfen-Verband zu einer Kundgebung für die Erhaltung und Förderung der damals besonders gefährdeten Sozialpolitik. Dieser vielbeachtete Kongreß, auf dem etwa 600 000 Arbeitnehmer vertreten waren, brachte das Vorhandensein einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung zur allgemeinen Kenntnis und schuf innerhalb der Teilnehmer die Anfänge zu einer engeren Fühlungnahme. Die folgenden Kongresse, die in den Jahren 1907, 1913 und 1917 stattfanden, vertieften und verstärkten diese Beziehungen und bereiteten zu ihrem Teil die organisatorische Zusammenfassung der gleichgesinnten Gruppen und Persönlichkeiten im Deutschen Gewerkschaftsbund vor.

Zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehören der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften und der Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter (vgl. diese Artikel). Zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehören nur Spitzenverbände; einzelne Verbände können in ihm die Mitgliedschaft nicht erwerben. Der Sitz des Bundes und seine Hauptgeschäftsstelle befinden sich in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Die **Zielsetzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes** ist in seiner Satzung wie folgt umschrieben:

- „Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Zusammenfassung aller Gruppen der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) zu dem Zwecke:
1. gemeinsame berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen wahrzunehmen,
 2. die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen durch die Gesamtheit der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen zu fördern,
 3. den unser Volk zersetzenden Materialismus durch die Pflege christlicher und nationaler Gedanken zu überwinden.“

Aus der Fassung dieses grundlegenden Satzungs-teiles geht hervor, daß sich der Deutsche Gewerkschaftsbund eine **doppelte Aufgabe** gestellt hat. Er will die gemeinsamen beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in ihm vertretenen Arbeiter, Angestellten und Beamten wahrnehmen und daneben seinen Einfluß den besonderen Interessen der einzelnen Gruppen zur Verfügung stellen. Er will über diese materielle Aufgabe hinaus eine bestimmte geistige Haltung und Gesinnung pflegen, von der er die Gefahren zu überwinden hofft, die der seelischen Struktur des deutschen Volkes drohen.

Der Umstand, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht einseitig auf einen bestimmten Arbeitnehmerkreis beschränkt ist, führt zur Anerkennung der verschieden gestalteten sozialen und arbeitsrechtlichen Lage der von ihm vertretenen Arbeitnehmergruppen. Seine Satzung trägt dem durch

eine Erklärung Rechnung, die besagt, „es wird anerkannt, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte besondere Leistungen und Aufgaben im Wirtschaftsleben zu erfüllen haben und demgemäß eine ihrer Eigenart gerechtwerdende Sozialpolitik treiben müssen“. Für das Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Anerkennung dieser Verschiedenheit ebenso Voraussetzung, wie andererseits die Zustimmung aller in ihm vereinten Berufsgruppen zu dem Ideengehalt der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung. Entgegen manchen Befürchtungen ist es dem Deutschen Gewerkschaftsbund in seinen ersten zehn Jahren möglich gewesen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der natürlichen Verschiedenartigkeit der sozialpolitischen Zielsetzungen seiner Mitgliedsverbände naturgemäß manchmal ergeben mußten.

Die Form und die Art der Durchführung der dem Deutschen Gewerkschaftsbund als Spitzenverband gestellten Aufgaben ist im § 4 seiner Satzung umschrieben. Ihm sollen obliegen:

1. die gegenseitige organisatorische und taktische Unterstützung der drei Arbeitnehmergruppen herbeizuführen und dabei die Einrichtungen der einzelnen Verbände auszunutzen;
2. die dem Gesamtverbände gemeinsamen Interessen gegenüber der privaten und behördlichen Unternehmer- und Arbeitgeberschaft, gegenüber der Öffentlichkeit, den Parlamenten und den Behörden im Reich, Staat und Gemeinden, auch gegenüber anderen Gewerkschaftsrichtungen tatkräftig wahrzunehmen;
3. die für die deutschen Gewerkschaften geeignetste Organisationsform in Einklang mit der wirtschaftlichen, gewerblichen und technischen Entwicklung auszubauen;
4. die von den einzelnen Verbänden Beauftragten zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen;
 - a. um deutsche Gesinnung zu pflegen, die staatsbürgerlicher Mitarbeit anzuregen, die Allgemeinbildung zu erweitern und zu vertiefen,
 - b. das Standesbewußtsein und die Arbeitsfreude zu heben,
 - c. die Mitglieder im gewerkschaftlichen Sinne zu erziehen und zu schulen als der notwendigen Voraussetzung, um die Ziele des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu erreichen.

Die Durchführung dieser Aufgaben liegt zunächst in Händen einer Hauptgeschäftsstelle und darüber hinaus bei Ausschüssen, die als Orts-, Bezirks- und Landesausschüsse einzurichten sind. Solche Ausschüsse sind in allen Teilen Deutschlands in großer Zahl vorhanden.

Das **repräsentative Organ** des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist sein **Ausschuß**. Jeder Gesamtverband entsendet in ihm drei Vertreter und außerdem auf je angefangene 100 000 Mitglieder einen weiteren Vertreter. Kein Gesamtverband darf jedoch mehr als die Hälfte der Ausschußmitglieder stellen. Dieser Ausschuß tritt in der Regel jährlich einmal zu einer Tagung zusammen, die zu den jeweils im Vordergrund stehenden wirtschafts-

politischen und sozialpolitischen Fragen Stellung nimmt. Diese Ausschußsitzungen, von der Öffentlichkeit zutreffend als Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewertet, erfreuen sich besonderer Beachtung. Für die eigentliche Führung der Geschäfte wählt der Ausschuß den Bundesvorstand, der aus 15 Personen besteht. Dieser wiederum bestimmt einen geschäftsführenden **Vorstand**, der aus je zwei Vertretern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften, sowie aus einem Vertreter der dritten Spitzengewerkschaft besteht. Dazu treten die Geschäftsführer. Vorsitzender ist gegenwärtig (im Nebenamt) Imbusch, der Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes, seine Stellvertreter Bechly, der Vorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, und Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Hauptamtliche Geschäftsführer sind Fr. Meinek und Herr Eudenbach; Geschäftsführer im Nebenamt Reichstagsabgeordneter Otto Gerig und Dr. Jahn.

Die Zusammensetzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterscheidet sich nicht unwesentlich von der anderer Spitzenorganisationen. Eine Prüfung der Zusammensetzung unter konfessionellen Gesichtspunkten ergibt, daß die beiden großen christlichen Glaubensgemeinschaften etwa gleich stark in ihm vertreten sind. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist also **keine konfessionell einseitig orientierte Bewegung**. Er ist auch parteipolitisch nicht gebunden. Die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind durch ihre politisch tätigen Mitglieder in allen nichtsozialistischen Parteien vertreten. Die dadurch geschaffenen Verbindungslinien laufen von der neugegründeten Deutschen Staatspartei bis zur äußersten Rechten. Eine weitere Differenzierung ergibt sich aus den Größenunterschieden der angeschlossenen Verbände und aus der Art ihrer Tradition. Der Deutsche Gewerkschaftsbund umfaßt Verbände, deren Mitgliederbestand über 400 000 beträgt (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) bis hinunter zu Verbänden, deren Mitgliedsziffer etwa bei 2000 liegt. Die christlichen Gewerkschaften und die großen Angestelltenverbände blicken auf eine jahrzehntelange Tradition zurück, während eine Anzahl Angestellten- und Staatsbedienstetenverbände erst in der Nachkriegszeit entstanden sind. Die sichtbarsten Exponenten des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind einmal die christlichen Gewerkschaften, deren besonderer Wesensinhalt bereits in ihrem Namen ausgeprägt liegt, und der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, die Organisation der männlichen Kaufmannsgehilfen. Neben beiden steht, mit ebenso ausgeprägter Eigenart, der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, der seinen Tätigkeitskreis ausschließlich auf weibliche Angestellte abgestellt hat. Es ist ein Verdienst der führenden Personen gewesen, daß trotz dieser vielfachen Verschiedenheiten der

Deutscher Gewerkschaftsbund zu einer bedeutungsvollen Stellung im öffentlichen Leben Deutschlands gekommen ist.

Aus der soeben angedeuteten Vielgestaltigkeit der zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörenden Organisationen haben sich **besondere Arbeitsmethoden** ergeben. Im Gegensatz zu anderen Arbeitnehmerspitzenverbänden ist der politische Einfluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht auf eine Partei allein begrenzt. Seine Wortführer im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen sind in allen nichtsozialistischen Parteien zu finden. Daraus ergab sich die fruchtbare Notwendigkeit zur Führung einer Politik, zu deren Kennzeichnung das populär gewordene Wort „Querverbindungen“ geprägt worden ist. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich bewußt die Aufgabe gestellt, seine Auffassung von der Stellung des Arbeitnehmers zum Staat, zur Wirtschaft und zur bürgerlichen Gesellschaft in möglichst vielen der vorhandenen Ausdrucksformen des politischen Willens unserer Zeit zur Geltung zu bringen. Er ist der Meinung, daß diese Politik auf die Dauer nützlicher ist als die Beschränkung des Einflusses auf nur eine Partei. Die gegenseitige Toleranz, die zur Führung einer solchen Politik notwendig ist, konnte bisher stets aufgebracht werden. Daß der Deutsche Gewerkschaftsbund die gesellschaftliche und wirtschaftliche Betrachtungsweise des Sozialismus ablehnt und als für sich nicht geeignete Grundlage ansieht, dürfte aus den Ausführungen über seine geistige Zielsetzung ersichtlich geworden sein.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund als solcher besitzt kein eigenes Organ. Als ihm nahestehend darf die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Deutsche“ angesehen werden. Ebenso steht die Deutsche Volksbank, Essen, zu ihm in besonders

nahen Beziehungen. Ihre Aktionäre bestehen ausschließlich aus einer Reihe von Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am **1. Januar 1930** zählte der Deutsche Gewerkschaftsbund **1 350 200 Mitglieder**, die sich auf die zu ihm gehörenden Spitzenverbände wie folgt verteilen:

792 800	Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (einschließlich 119 700 Mitglieder des ihm korporativ angeschlossenen Gesamtverbandes deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter)
557 400	Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften
1 350 200	zusammen

Deutscher Heeres- und Marine-Beamtenbund

Der Deutsche Heeres- und Marine-Beamtenbund hat seinen Sitz in Berlin W 8, Mauerstr. 85. Er umfaßt in 149 Ortsvereinigungen 3000 Mitglieder und ist im Jahre 1918 gegründet worden. Der Bund zählte bei seiner Gründung 35 009 Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist durch die Auflösung des alten Heeres auf die obenerwähnte Zahl gesunken. Der Bund kennt keine Einzelmitgliedschaft, sondern ist der Zusammenschluß von 16 Fachorganisationen. Das Publikationsorgan des Bundes ist die monatlich erscheinende „Verwaltungs-Rundschau“, ebenfalls Berlin W 8, Mauerstraße 85. Der Deutsche Heeres- und Marine-Beamtenbund ist parteipolitisch und religiös neutral. Er ist Mitglied des Deutschen Beamtenbundes.

Fritz Winters

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Von Fritz Tarnow

Seite

- 365 1. Entstehung und Entwicklung
- 367 2. Organisationsaufbau
- 368 3. Finanzen
- 369 4. Lohn- und Tarifpolitik
- 371 5. Literatur und Verlagswesen

1. Entstehung und Entwicklung

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband besteht seit dem Jahre 1893. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 durch Bildung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Versuch gemacht wurde, eine engere Verbindung zwischen den zahlreichen bestehenden Berufsverbänden herbeizuführen, wurde als Ziel die Schaffung von Industrieverbänden bezeichnet, die durch den Zusammenschluß von Berufsverbän-

den gebildet werden sollten. Einer der ersten Verbände, der so durch Verschmelzung bestehender Berufsverbände entstand, war der Deutsche Holzarbeiter-Verband. Seine Gründung erfolgte auf einem Kongreß der Holzarbeiter, der vom 4. bis 7. April 1893 in Kassel stattfand und von etwa 10 Berufsorganisationen beschickt war. Davon beschlossen vier Verbände, nämlich die der Tischler, der Drechsler, der Stellmacher und der Bürstenmacher, sich zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammenzuschließen. Der neue Verband, als dessen Vorsitzende Karl Klotz und Theodor Leipart, bis dahin Vorsitzende des Tischler- und des Drechsler-Verbandes, gewählt wurden, nahm am 1. Juli 1893 seine Tätigkeit auf. Der **Sitz des Verbandes** war von der Gründung bis zum Jahre 1908 in Stuttgart; von da ab in